



Jeder braucht mal einen Schutzengel

Es ist lange her, dass die Polizei so einsatzintensive Zeiten erlebt hat. Die terroristische Bedrohung, die Auswirkungen des Flüchtlingsstroms und nicht zuletzt die erneut dramatisch gestiegene Einbruchskriminalität haben zu einem Umdenken in der Politik geführt: Plötzlich redet niemand mehr davon, dass die Polizei einen Personalüberhang hätte. Auch die noch 2014 von führenden Innenpolitikern verbreitete Behauptung, NRW könne nicht mehr als 1400 Polizisten pro Jahr ausbilden, hat sich in Luft aufgelöst. Jetzt sind alle Anstrengungen der Politik darauf gerichtet, kurzfristig mehr Personal für die Polizei zu bekommen. So, wie die GdP das bereits seit Jahren immer wieder gefordert hat. Nach der Ankündigung von Innenminister Ralf Jäger (SPD), auch in den kommenden Jahren mindestens 1900 Kommissaranwärterinnen und -anwärter einzustellen und die Polizei kurzfristig personell so zu verstärken, dass 500 Polizistinnen und Polizisten mehr für die Präsenz auf der Straße zur Verfügung stehen, sind die Personalprobleme bei der Polizei aber noch nicht vom Tisch: Jetzt geht es vor allem darum, wie die in den nächsten Jahren unvermeidbar auf die Polizei zukommende Mehrbelastung fair verteilt wird und wo das zusätzliche Personal eingesetzt werden soll. Das geht nicht ohne starke Personalräte. Mit einer starken Gewerkschaft an ihrer Seite.

Für die Behörden und die Beschäftigten bedeutet das viel mehr als nur ein paar zusätzliche Stellenausschreibungen. Es bedeutet vor allem eine Vielzahl von Um- und Versetzungen, Höhergruppierungen, Beförderungsentscheidungen, kurz: eine erhebliche Umschichtung von Personal. Allein durch das sogenannte Anti-Terrorpaket nach den Anschlägen von Paris sind in NRW über 800 Personalmaßnahmen bei der Polizei erforderlich geworden. Das bedeutet aber auch einen massiv gestiegenen Fortbildungsbedarf, eine enorme Arbeitsverdichtung für alle Beschäftigten bei der Polizei und eine noch höhere Einsatzbelastung.

Es zeichnet die Personalräte der GdP aus, dass sie die jetzt notwendigen Umstrukturierungen der Polizei nicht blockieren, sondern stattdessen mit Nachdruck daran arbeiten, dass der Dienstherr trotz aller Eile der jetzt notwendigen Maßnahmen die Fairness und die Interessen der Beschäftigten nicht aus dem Blick verlieren. Die Alternative, sich stattdessen in eine Verweigerungshaltung zu begeben, wie andere das im

Moment machen, kommt für uns nicht infrage.

Damit niemand bei der Umstrukturierung der Polizei unter die Räder kommt, hat die GdP verhandelt und vieles erreicht:

- Es war die GdP, die dafür gesorgt hat, dass die Einstellungen von zu-

sätzlichen Tarifbeschäftigten Vorrang vor der freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten hat. Damit ist sichergestellt, dass die Verstärkung der Polizei auch auf Dauer wirkt und nicht als einmaliger, kurzfristiger Effekt verpufft. Niemand anderes als die GdP hat das durchgesetzt.

- Es war die GdP, die dafür gesorgt hat, dass nicht nur die acht Schwerpunktbehörden personell verstärkt werden, sondern auch die 39 anderen Kreispolizeibehörden vor Ort.
- Es war die GdP, die dafür gesorgt hat, dass bei Ausstattung und Ausrüstung der Polizei nachgebessert wird. Nicht nur bei den Einsatzhundertschaften, sondern auch im Wach- und Wechseldienst und bei den Einsatzkräften in den K-Wachen. Noch nie ist die Beschaffung einer neuen Schutzweste so schnell über die Bühne gegangen, wie bei der Nachrüstung des Wach- und Wechseldienstes mit Schutzwesten gegen den Beschuss durch Langwaffen. Während unsere Mitbewerber noch immer ihre Forderungen nach zusätzlichen Westen auf Flyer für die Personalratswahl schreiben, hat die GdP bereits geliefert: Die erste Charge von 5000 Westen kommt gerade in den Behörden an.
- Es war die GdP, die trotz der Hektik der Politik seit März 2015 im PHPR beharrlich das Thema Verwendungseinschränkung verhandelt, während unsere Mitbewerber bereits öffentlich ihre Zustimmung zu einem ersten Erlassentwurf signalisiert haben. Einem Erlassentwurf, der dazu geführt hätte, dass jeder verwendungseingeschränkte Polizeibeamte bereits nach sechs Wochen Krankheitsausfall ohne Wenn und Aber zum Polizeiarzt geschickt worden wäre und dass den Polizisten in Zukunft nur noch ein halbes Jahr für die Genesung nach einer schweren Krankheit gegeben wor-

Personalratswahlen 06.-09. Juni 2016

Unsere Spitzenkandidatinnen und -kandidaten für den Polizei-Hauptpersonalrat!

Deine Stimme zählt!

GdP. Gemeinsam stark. gdp-nrw.de

Gewerkschaft der Polizei NRW

→ Seite 3



Jede Stimme zählt!

Nur starke Personalräte sind gute Personalräte. Deshalb kommt es bei der Personalratswahl auf jede Stimme an. Wie es geht und wann es geht, zeigt der Faktencheck.

Warum wird gewählt?

Weil der Personalrat bei allen wichtigen Entscheidungen der Behörde mit am Tisch sitzt und die Interessen der Beschäftigten vertritt – von der Einstellung bis zur Zuruhesetzung.

Weil nur ein Personalrat mit vielen Stimmen im Rücken auch etwas be-

wegen kann. Weil Wählen zur Demokratie gehört.

Wer kann wählen?

Alle Beschäftigten, getrennt nach Gruppen (Beamte und Arbeitnehmer).

Was wird gewählt?

Der Personalrat in der eigenen Behörde und der Polizei-Hauptpersonalrat. Deshalb bekommt jeder Beschäftigte zwei Stimmzettel: Einen für die landesweite Wahl zum Polizeihauptpersonalrat (Grün) und einen für die örtliche Wahl des Personalrats in der

eigenen Kreispolizeibehörde oder Landesoberbehörde bzw. an der DHPol (i. d. R. Weiß).

Wann wird gewählt?

Persönlich vom 6. bis 9. Juni 2016 (Wahlausschreiben für den genauen Ort und die Zeiten anschauen, i. d. R. im Intranet verfügbar), schriftlich auf Antrag ab sofort – Unterlagen gibt es beim Wahlvorstand vor Ort oder ganz bequem mit dem Wahlboten der GdP-Kreisgruppe.

Wie kann ich den Wahlboten nutzen?

Das geht ganz einfach: Vollmacht ausfüllen, Unterlagen vom Boten entgegennehmen, Wählen und die verschlossenen Unterlagen wieder dem Boten zurückgeben. Fertig.

Wer kann Wahlvorschläge einreichen?

Die Beschäftigten und die Gewerkschaften. Flächendeckend tritt in NRW nur die GdP an.



Liste 2 wählen!



Noch fünf Wochen, dann werden vom 6. bis 9. Juni bei der Polizei die Personalräte für die kommenden vier Jahre gewählt. Bei der Wahl geht es nicht um eine Lappalie, sondern es geht darum, wer in Zukunft die Interessen der Beschäftigten bei der Polizei vertritt. Gegenüber der Behördenleitung, aber auch gegenüber dem Innenministerium. Denn vom 6. bis 9. Juni werden nicht nur die Mitglieder der örtlichen Personalräte gewählt, sondern auch die Mitglieder des Hauptpersonalrats der Polizei.

Wie wichtig starke Personalräte sind, haben die letzten vier Jahre zur Genüge gezeigt. Ohne die starken Personalräte der GdP hätte es weder die 1920 Neueinstellungen von Kommissaranwärterinnen und -anwärtern gegeben, die die Polizei in diesem Jahr bekommt, noch die 350 zusätzlichen Regierungsbeschäftigten. Und erst recht keine Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage. Und auch keine verstärkten Schutzwesten für die Kolleginnen und Kollegen im Wach- und Wechseldienst, in den K-Wachen und bei der Bereitschaftspolizei. Dafür aber wären die Polizistinnen und Polizisten schon bei kleineren Anlässen zwangsweise ins PDU-Verfahren gejagt worden. Hätte die Landesregierung von den Beamten erneut ein Sonderopfer von 500 Millionen Euro abgepresst und die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes weiter von der Einkommensentwicklung in den anderen Branchen abgekoppelt. Deshalb sind auch in den kommenden Jahren starke Personalräte gefragt. Denn auch in Zukunft wird uns bei der Polizei nichts geschenkt.

Damit die Personalräte bei der Polizei über eine starke Verhandlungsmacht gegenüber der Behördenleitung vor Ort, aber auch gegenüber dem Innenministerium verfügen, ist eine hohe Wahlbeteiligung wichtig. Deshalb sollte jeder Beschäftigte bei der Polizei nicht nur von seinem Wahlrecht Gebrauch machen, sondern er sollte auch seine Kolleginnen und Kollegen auffordern, wählen zu gehen! Denn nur starke Personalräte sind gute Personalräte!

Die GdP tritt mit starken Kandidatinnen und Kandidaten bei den Personalratswahlen an. Deshalb: Liste 2 wählen!

**Arnold Plickert,
Landesvorsitzender**



Jäger kündigt bis zu 2000 Neueinstellungen ab 2017 an

Zwei Monate nach der Vorstellung des 15-Punkte-Programms zur Stärkung der Inneren Sicherheit durch Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) vor dem Düsseldorfer Landtag haben sich der Hauptpersonalrat der Polizei (PHPR) und das Innenministerium am 15. März auf die Eckpunkte zur Umsetzung des Programms verständigt. Vorausgegangen waren der Einigung zahlreiche Gespräche der GdP-Vertreter im PHPR und des GdP-Landesvorsitzenden Arnold Plickert mit der Spitze des Innenministeriums, in denen die GdP immer wieder darauf gedrängt hat, dass die geplante personelle Stärkung der Polizei nicht als Strohfeder nach wenigen Jahren wieder verpufft, sondern langfristig angelegt ist. Und dass die Stärkung der acht Schwerpunktbehörden nicht zulasten der übrigen 39 Kreispolizeibehörden und der drei Landesoberbehörden geht (siehe auch DP 3/2016).

Auch wenn der Hauptpersonalrat beim Erlass für die freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit formal nur ein Mitwirkungs- aber kein echtes Mitbestimmungsrecht hat, konnte die GdP dabei ihre wichtigsten Forderungen durchsetzen. So sind von den 500 zusätzlichen Stellen, die die Landesregierung noch in diesem Jahr für die Polizei zur Verfügung stellen will, 350 Stellen für neue Regierungsbeschäftigte vorgesehen. Nur die übrigen Stellen sollen dadurch besetzt werden, dass ältere Polizisten freiwillig über das Erreichen der Pensionsgrenze hinaus im Dienst bleiben. Von den 350 zusätzlichen Stellen für die Regierungsbeschäftigten gehen zudem 100 Stellen an die Nicht-Schwerpunktbehörden.

Auf einer gemeinsamen Tagung des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstands und der Kreisgruppenvorsitzenden der GdP am 6. April in Gladbeck hat Innenminister Jäger (SPD) die Eck-

punkte des Programmes noch einmal im Detail erläutert. Jäger nutzte die Gelegenheit, um auch öffentlich darauf hinzuweisen, dass die Landesregierung das inzwischen erreichte Einstellungsniveau bei der Polizei in den nächsten Jahren verstetigen will. „Wer mehr Polizisten will, muss sie auch ausbilden“, sagte Jäger auf der GdP-Tagung. „Deshalb werde ich alles dafür tun, dass die Einstellungszahl auf dem jetzigen Niveau bleibt.“ In den vergangenen beiden Jahren hatte die rot-grüne Landesregierung die Zahl der Neueinstellungen in NRW zunächst von 1500 auf 1892 Kommissaranwärterinnen und -anwärter erhöht. In diesem Jahr werden 1920 Nachwuchspolizisten eingestellt. Ab dem kommenden Jahr könnte die Einstellungszahl auf bis zu 2000 steigen, ließ Jäger erkennen.

Auch in Bezug auf die freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit einzelner Polizeibeamter fand Jäger deutliche

Worte: „Die freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist eine unorthodoxe Methode, um kurzfristig mehr Polizisten auf die Straße zu bringen und kein trojanisches Pferd. Die Landesregierung beabsichtigt keine allgemeine Verlängerung der Lebensarbeitszeit“, stellte Jäger ausdrücklich klar.

Auf der gleichen Tagung hatte zuvor bereits GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert darauf hingewiesen, dass die GdP dem 15-Punkte-Programm ohne diese Zusage der Landesregierung nicht zugestimmt hätte. Plickert kündigte zugleich an, dass die GdP darauf dringen wird, dass die geplanten 350 zusätzlichen Stellen für Regierungsbeschäftigte langfristig für die Polizei erhalten bleiben und nicht, wie vom Land bislang geplant, ab 2020 schrittweise wieder abgebaut werden. „Auch im Tarifbereich brauchen wir eine langfristig wirksame Entlastung der Polizei und kein Strohfeder“, sagte Plickert.



Fortsetzung von Seite 1

den wäre – statt der gesetzlich vorgesehenen zwei Jahre für Polizeibeamte. Damit wären Hunderte von Kollegen in PDU-Verfahren gedrängt worden.

Erfolge fallen auch der GdP nicht in den Schoß, sondern sie sind das Ergebnis klarer Positionen und harter Verhandlungen. Und der Unterstützung durch unsere Mitglieder. Nur gemeinsam sind wir eine starke Gestaltungs-

kraft in der Polizei. Deshalb braucht die GdP bei der Personalratswahl vom 6. bis 9. Juni jede Stimme. Damit wir auch weiter stark und unabhängig für die Interessen der Beschäftigten in der Polizei eintreten können.



Straftäter unter Zuwanderern konsequent verfolgen

Mehr als 300 000 Menschen sind seit Anfang des vergangenen Jahres als Flüchtlinge nach NRW gekommen. Ein Zustrom, der auch die Polizei vor enorme zusätzliche Herausforderungen stellt. Einerseits muss die Polizei die Flüchtlinge vor der massiv gestiegenen Zahl von Angriffen fremdenfeindlicher Gruppen schützen, zum anderen ist es in den vergangenen Monaten durch den enormen Zustrom von Menschen auch zu einem Anstieg der Straftaten gekommen, die von den Flüchtlingen selbst begangen werden. Auf dem diesjährigen Kriminalforum der GdP unter dem Titel: „Kriminalität gegen, von und unter Zuwanderer(n)“ haben Flüchtlingsexperten der Polizei, Wissenschaftler und Vertreter von Flüchtlingseinrichtungen mit den ca. 100 Teilnehmern darüber diskutiert, wie Polizei und Justiz den damit verbundenen Gefahren konsequenter entgegentreten können.



Wie groß die Arbeitsbelastung der Polizei durch die nach NRW gekommenen Flüchtlinge ist, zeigen schon die Zahlen: 93 443 Polizeieinsätze gab es im vergangenen Jahr in den Flüchtlingseinrichtungen in NRW. 83 000 waren zu Präventionszwecken, 7759 Einsätze von außen veranlasst. Ausgelöst wurden die Einsätze in den Flüchtlingseinrichtungen u. a. durch immer wieder vorkommende Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Flüchtlingsgruppen, z. B. bei Rangeleien während der Essensausgabe. Die Zahl der im vergangenen Jahr von der Polizei registrierten Straftaten liegt mit 2591 erfassten Fällen allerdings eher niedrig. 851 Fälle davon haben Körperverletzungsdelikte betroffen, in 793 Fällen ging es um Diebstahl, in 151 Fällen um Bedrohung und in 133 Fällen um Sachbeschädigung. Die Daten beziehen sich allerdings nur auf die rund 300 Flüchtlingseinrichtungen des Landes, nicht auf die weiteren mehrere tausend Flüchtlingseinrich-

tungen, die von den Kommunen betrieben werden. Der GdP-Landesvorsitzende Arnold Plickert warnte aber davor, die Straftaten, die von einem Teil der Zuwanderer begangen werden, für politische Ziele zu missbrauchen. Die Taten werden nicht von den Flüchtlingen insgesamt begangen, sondern von einer relativ kleinen Gruppe unter ihnen. Unterstützt wurde er von Peter Andres, dem Leiter der Verbindungs-



stelle der Polizei zu der für die Verteilung der Flüchtlinge in NRW zuständigen Bezirksregierung Arnsberg. Nach seinen Erkenntnissen liegt der Anteil der Flüchtlinge, die 2015 straffällig geworden sind, bei maximal zwei Prozent.

Unter einzelnen Zuwanderergruppen liegt die Kriminalität allerdings

deutlich höher. Einen größeren Raum nahm auf dem Kriminalforum deshalb die Diskussion über die Frage ein, wie Polizei und Justiz mit dieser Gruppe umgehen sollen. Das betrifft zum Beispiel junge männliche Zuwanderer aus den nordafrikanischen Mittelmeerstaaten, die in Deutschland kaum eine Chance auf Anerkennung als Asylsuchende haben, häufig gar keinen Asylantrag stellen und, weil sie keine finanzielle Unterstützung erhalten, vielfach ihren Lebensunterhalt über Straftaten finanzieren. Auf dem GdP-Forum waren sich die Experten einig, dass die Intensivstraftäter unter ihnen viel konsequenter strafrechtlich verfolgt werden müssen. Einer der Referenten des Forums, der Münsteraner Kommissariatsleiter Jürgen Tölle, sagte dazu: „Wenn jemand 20 bis 30 Straftaten verübt hat, und zwei Drittel der Fälle sofort eingestellt werden, gewinnt der Täter natürlich sofort den Eindruck: ‚Es passiert mir nichts‘.“ Das sei nicht nur für die ermittelnden Beamten frustrierend, sondern setze auch für die Täter ein falsches Signal. Auch die Verhängung von Geldstrafen sei vollkommen wirkungslos, wenn jemand gerade einmal 30 Euro Taschengeld bekommt. „Wir haben Leute, die werden auf freien Fuß gesetzt und begehen nur wenige Minuten später die nächste Tat“, berichtete Tölle aus der Praxis.

Der Niedersächsische Kriminologe Prof. Dr. Christian Pfeiffer macht für diese Entwicklung auch die Politik der Bundesregierung verantwortlich. Wir haben „eine Zwei-Klassen-Gesellschaft unter den Zuwanderern“ kritisiert Pfeiffer auf dem GdP-Forum. Während Kriegsflüchtlinge gute Bleibechancen hätten und deshalb sogar





oft weniger strafrechtlich auffallen würden als Einheimische, hätten Zuwanderer aus Nordafrika keine Bleibeperspektive. „Sie wissen, dass sie kein Asyl bekommen, aber die große Mehrheit bleibt lieber in Deutschland, statt die Heimreise anzutreten und verdingt sich bestenfalls als Schwarzarbeiter. Leider driften viele von ihnen auch in die Kriminalität ab, da die Verdienstmöglichkeiten natürlich besser sind als in der Schwarzarbeit“, sagte Pfeiffer. Er forderte intensivere Integrationsbemühungen, u. a. durch schnelle Vermittlung der deutschen Sprache, bessere Kommunikationsangebote unter Ausnutzung neuer, schneller Medien und die unmissverständliche Vermittlung unser Grundrechte und des deutschen Rechtssystems.

Nicht weniger problematisch schätzten die Experten die wachsende Zahl rechtsradikal motivierter An-

griffe auf die Flüchtlingseinrichtungen ein. Diese stiegen im vergangenen Jahr in NRW von 26 auf 241 Fälle. Darunter waren nicht nur rund 70 Fälle von Sachbeschädigung und Propagandadelikten, sondern auch zehn Brandanschläge. „Diesen braunen, menschenverachtenden Tendenzen müssen wir entschieden entgegentreten“, forderte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert auf dem Forum.

Das Fachforum fand in den Medien ein großes Echo. Mehrere Fernsehsender, überregionale und regionale Zeitungen berichteten. Von den Teilnehmern, aber auch aus der Mitgliedschaft gab es nur positive Rückmeldungen. Insgesamt hat die GdP auch mit ihrem achten Kriminalforum sowohl durch die Themenwahl als auch durch die Auswahl der Referenten erneut ihren Sach- und Fachverstand im Bereich der Kriminalpolitik bewiesen.



Neue Perspektiven für Regierungsbeschäftigte

Nach einer fast zwei Jahrzehnte andauernden Phase des Personalabbaus wird die rot-grüne Landesregierung in diesem Jahr nicht nur 1920 Kommissaranwärterinnen und -anwärter einstellen, sondern auf Druck der GdP erstmals auch 350 zusätzliche



Neue Perspektiven für Regierungsbeschäftigte

Positionspapier der Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Nordrhein-Westfalen



Regierungsbeschäftigte. Gedacht sind die zusätzlichen Regierungsbeschäftigten von Rot-Grün als Überbrückungshilfe. Sie sollen die Polizeivollzugsbeamtin-

nen und -beamte so lange entlasten, bis die versprochenen zusätzlichen Kommissaranwärterinnen und -anwärter ausgebildet sind. Ab 2020 sollen die zusätzlichen Stellen im Tarifbereich deshalb schrittweise wieder abgebaut werden.

Für die GdP sind die jetzt zugesagten zusätzlichen Stellen im Tarifbereich trotzdem eine Trendwende. Denn in vielen Arbeitsbereichen der Polizei werden händeringend Regierungsbeschäftigte gebraucht, um die Polizeivollzugsbeamten von Routine-tätigkeiten im Alltagsdienst zu entlasten, damit sie sich wieder stärker auf ihre eigentlichen Kernaufgaben konzentrieren können. Das wird auch weit über 2020 hinaus notwendig sein. Deshalb dringt die GdP bereits jetzt auf eine Entfristung der zusätzli-

chen Stellen im Tarifbereich.

Wie groß der Bedarf an Regierungsbeschäftigten bei der Polizei ist, zeigt ein Positionspapier, das der GdP-Landesbezirk Ende April veröffentlicht hat. Darin wird im Detail aufgelistet, wo bereits heute Regierungsbeschäftigte bei der Polizei eingesetzt werden und wo sie auch in Zukunft dringend gebraucht werden. Zudem brauchen auch die Regierungsbeschäftigten bei der Polizei Entwicklungs- und Aufstiegsperspektiven. Was dazu erforderlich ist, steht ebenfalls im Positionspapier der GdP.

Das Positionspapier „Neue Perspektiven für Regierungsbeschäftigte bei der Polizei“ gibt es zum Download auf der Homepage des Landesbezirks und in gedruckter Form überall bei den Kreisgruppen vor Ort.



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 8.5. Irmgard Voelpert, Bochum
- 13.5. Hans Simon, Essen
- 20.5. Josefine Küpper, Goch
- 21.5. Elisabeth Welfens, Mönchengladbach

91. Geburtstag

- 5.5. Herta Lütz, Kiel
- 16.5. Margret Doerfler, Bielefeld
- 21.5. Marianne Wassermeyer, Duisburg
Antonie Weiß, Hünxe
- 22.5. Elisabeth Stockhorst, Bad Honnef
- 25.5. Heinrich Luerken, Grefrath

92. Geburtstag

- 1.5. Martin Schulz, Waltrop
- 3.5. Eleonore Wäling, Waltrop

- 4.5. Walter Figge, Wülfrath
- 13.5. Brigitte Herrmann, Hagen
- 15.5. Anna Luise Münster, Wesseling
Günther Zloch, Wipperfürth
- 20.5. Karl-Heinz Wigge, Dorsten
- 27.5. Peter Löffel, Wegberg
- 30.5. Rudolf Conze, Mönchengladbach
Anneliese Schäfer, Herne

93. Geburtstag

- 2.5. Irmgard Franke, Winterberg
- 12.5. Waltraud Brand, Essen
- 16.5. Margarete Breuer, Wegberg
Georg Overes, Lüdinghausen
- 19.5. Artur Hellnig, Oberhausen
- 23.5. Günter Rosenberger, Solingen
- 24.5. Heinrich Bonsels, Waldfeucht
- 28.5. Waldemar Heylandt, Merzenich
Inge Killich, Gelsenkirchen
- 30.5. Maria Pullmann, St. Veith

94. Geburtstag

- 2.5. Josef Lennartz, Erkelenz
- 7.5. Liselotte Weider, Hilden
- 8.5. Frieda Tholen, Enger

- 9.5. Lothar Bussmann,
Bad Lippspringe
- 13.5. Edith Afflerbach, Hagen
- 15.5. Karl Rost, Köln
- 18.5. Werner Gebauer, Bochum

95. Geburtstag

- 10.5. Erna Klingenburg, Mülheim
- 11.5. Gerda Klein, Bochum
- 24.5. Elisabeth Menzel, Siegen
- 30.5. Ruth Franciszkowski, Dortmund
- 31.5. Hanna Knollmann, Gütersloh

96. Geburtstag

- 10.5. Adalbert Schaffner, Osnabrück

97. Geburtstag

- 8.5. Maria Erika Schneider, Wuppertal
- 25.5. Magdalene Kromer, Leichlingen
- 26.5. Elsbeth Pohl, Moers

98. Geburtstag

- 9.5. Fritz Scheffler, Münster

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.

GdP erfüllt Herzenswünsche!

Es gibt viele gute Gründe, in die GdP einzutreten, und trotzdem stellt das Werben neuer Mitglieder immer wieder eine Herausforderung dar – gerade weil wir neue Mitglieder von der GdP überzeugen wollen und nicht kaufen! Damit sich der ganze Aufwand trotzdem auch für die Werberin oder den Werber lohnt, hat der Landesbezirk die neue Mitgliederwerbeaktion „GdP erfüllt Herzenswünsche“ gestartet. Die Aktion ist sowohl als Anreiz für engagierte Kolleginnen und Kollegen gedacht, wie auch als kleines Dankeschön.

Jeder kennt ihn, den einen Wunsch, den er schon ganz lange im Kopf hat. Bei dem einen ist es ein Fallschirmsprung, bei dem anderen ein romantisches 6-Gänge-Menü. In den meisten Fällen erfüllt man sich diese Wünsche nicht, weil immer irgendetwas anderes dazwischen kommt. Genau da hakt unsere neue Mitgliederwerbeaktion ein: Jedes Mitglied, das im Aktionszeitraum vom 1. April bis zum 1. Juli 2016 ein neues

Mitglied für die GdP wirbt, nimmt automatisch an der Herzenswunsch-Verlosung teil und hat die Chance, seinen ganz persönlichen Wunsch im Wert von maximal 500 Euro von der GdP erfüllt zu bekommen. „Werben, gewinnen, wünschen“ – das müsst ihr selber machen. Um alles andere kümmert sich die GdP. Damit euer ganz persönlicher Herzenswunsch endlich in Erfüllung geht! Mehr Infos: sandra.anders@gdp-nrw.de



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss der Juni-Ausgabe ist der 3. Mai.

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de





**Kunden werben Kunden!
Sichern Sie sich einen
€ 25,- Reisegutschein
für Ihre Empfehlung**

Südafrika - Reiches Land am Kap

15.11. bis 29./30.11.2016

**16-tägige Rundreise inkl. Flug
mit South African Airways**

- ⇒ Flug von Frankfurt nach Johannesburg und von Kapstadt via Johannesburg zurück
- ⇒ Rail & Fly in der 2.Klasse ab/bis DB-Heimatbahnhof
- ⇒ Flug Durban - Port Elizabeth
- ⇒ Transfers lt. Reiseverlauf
- ⇒ Rundreise lt. Reiseverlauf im klimatisierten Reisebus
- ⇒ 13 Nächte in Hotels und Lodges der Mittelklasse und gehobenen Mittelklasse in Zimmern mit Bad oder Dusche/WC
- ⇒ 13 x Frühstück, 2 x Mittagessen und 5 x Abendessen
- ⇒ Besichtigungsprogramm inkl. Eintrittsgeldern
- ⇒ örtliche, deutschsprechende Reiseleitung
- ⇒ Informationsmaterial und Reiseführer

Weitere Ausflüge vorab buchbar. Bitte fordern Sie unsere ausführliche Ausschreibung an.

**Reisepreis pro Person im Doppelzimmer
ab € 2.945,-**

GdP-Service GmbH
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf
0211/29101 -44/-45/-63/-64
www.gdp-reiseservice.de



Versicherungsschutz verbessert

Der Versicherungsschutz der im GdP-Mitgliedsbeitrag enthaltenen Diensthauptpflicht-Regressversicherung ist seit dem 10. März deutlich erhöht worden. Statt der bisher abgesicherten Höchstsumme für Vermögensschäden in Höhe von 50 000 Euro beträgt die Höchstsumme jetzt 100 000 Euro. Da gleichzeitig auch die Versicherungsbedingungen bei den Vermögensschäden angepasst wurden, ist der Versicherungsschutz, der für alle Mitglieder kostenlos im GdP-Beitrag enthalten ist, deutlich verbessert worden.

Die neuen abgesicherten Höchstsummen betragen:

- 300 000 Euro pauschal für Personen- und Sachschäden
- 100 000 Euro für Vermögensschäden
- 50 000 Euro für Abhandenkommen von Dienstschlüsseln/Codekarten
- 5000 Euro für Schäden aus Abhandenkommen von Sachen
- 1100 Euro für Schäden durch Abhandenkommen von Verwarnblocks

Glücksnummern des Monats

45 180
Michael Vach, Bonn
45 184
Elke Pilch, Steinfurt
45 176
Dunja Droste, Dortmund
45 177
Axel Ronsdorf, Bergisches Land

Die Gewinner erhalten eine GdP "College Mappe".

GdP aktiv

17.5., Frühlingsfest der Kreisgruppe Siegburg, ab 16.00 Uhr, Kleingartenanlage Sieglar, Spicher Straße/Ecke Uckendorfer Straße, Troisdorf-Sieglar, Eintritt: 10 Euro pro Person, Kinder sind frei.

22.5., Familientag der Kreisgruppe Kleve, 11 bis 17 Uhr, Irrland - Die Bauernhof-Erlebnis-oase, Villa Europa, Am Scheidweg 1, Kevelaer-Twisteden.

Freier Eintritt für GdP-Mitglieder und deren Familien, Getränke frei, grillen von mitgebrachtem Grillgut möglich, Beilagen werden gestellt.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Aachen

25. Mai, Senioren-Frühjahrswanderung um den Blausteinsee in Eschweiler-Dürwiß, 11.30 Uhr am Kreisverkehr Blausteinsee. Parkplätze sind ausreichend vorhanden, Dauer ca. zwei Stunden, leichte Wanderung, Wege für Rollstuhl und Hunde geeignet. Anschließend Einkehrmöglichkeit.

Kreisgruppe Coesfeld

25. Mai, Seniorentreffen, 14.30

Uhr, DRK-Heim, August-Schlüter-Straße 32 (neben der Feuerwehr), 48249 Dülmen. KHK Gerrit Wieschen referiert zum Thema Computerkriminalität.

Kreisgruppe Düren

25. Mai, Terminverschiebung Seniorentreffen, 14 Uhr, Restaurant Strepp am See, Am Stausee 2, 52372 Kreuzau-Obermaubach. Der Termin am 1. Juni entfällt.

Kreisgruppe Köln

19. Mai, 14 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Georgstr. 2-4/Ecke Waidmarkt, 50676 Köln. Frank Höher vom ADAC Köln gibt Einblicke in die Arbeit des ADAC und referiert über Gefahren für Senioren im Straßenverkehr. Die Beratungsstelle im PP Köln ist jeden ersten Dienstag im Monat von 9.30 bis 12.30 Uhr besetzt, Telefon 0221/229-2081, E-Mail senioren@gdp-koeln.de.

NACHRUFE

Kurt Grewing	26.04.1923 AP Düsseldorf	Gertrud Werges	08.10.1946 Herford
Maria Luckau	18.07.1956 AP Düsseldorf	Fritz Wichmann	23.07.1925 Lippe
Hermine Brinkmann	13.12.1923 Bergisches Land	Maria Pott	19.01.1922 Minden-Lübbecke
Hilde Halfmann	31.07.1921 Bergisches Land	Lars Wiemer	08.08.1988 Münster
Peter Ueberschär	26.05.1942 Bochum	Willi Meurer	23.03.1923 Neuss
Peter Bergermann	30.12.1959 Bonn	Babette Sobiech	27.04.1920 Recklinghausen
Josef Brünagel	02.09.1947 Bonn	Gerd Wick	22.01.1942 Siegburg
Wilhelm Krüger	04.12.1926 Duisburg	Thomas Schmidt	20.10.1965 Siegen
Richard Frohne	02.07.1928 Essen/Mülheim	Friedrich Eggert	12.04.1929 Viersen
Else Trost	23.07.1929 Essen/Mülheim	Edith Blambeck	08.10.1924 Warendorf
Josef Klinkhammer	04.05.1942 Euskirchen	Friedhelm Temme	14.01.1928 Warendorf

